

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

Offener Brief – Per Telefax 030 / 22776414 und per Mail

12. Februar 2016

Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur
Herrn Staatssekretär Norbert Barthle
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ausbau der Eisenbahnstrecke Grenze D/NL–Emmerich–Oberhausen

Planfeststellungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für ABS 46/2 -

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Barthle,

mit großem Interesse haben wir Ihre Rede zur Finanzierung der Sondermaßnahmen der Eisenbahn-Ausbaustrasse Karlsruhe – Basel verfolgt. Alles, was Sie dort gesagt haben, können wir nur bekräftigen. Allerdings gibt es ein großes Problem für uns am Niederrhein.

Worum geht es?

Es geht nicht um die Ablehnung einer Ausbaustrecke, sondern um die umwelt- und menschengerechte Ausführung dieses Bauvorhabens, immerhin der demnächst meist befahrenen Güterzugstrecke Europas, die Fortsetzung der niederländischen BETUWE-Linie auf deutschem Gebiet – letztendlich die gleiche Strecke wie die in Baden-Württemberg, nur am anderen Ende.

Es geht im Detail um den Schallschutz, der auch nach Ansicht des Bundestages sinnvoll ist und wofür der sogenannte Schienenbonus ab 2015 abgeschafft wurde. Dies hat die Deutsche Bahn dazu gebracht, das letzte Planfeststellungsverfahren am Niederrhein noch bis Ende Dezember 2014 durchzupeitschen, um hier kostengünstig zu bauen – und damit die Anwohner dauerhaft mit dem Schienenbonus zu belasten.

In Baden-Württemberg wird diese Regelung aufgrund von Sondervereinbarungen mit dem Bund außer Kraft gesetzt und die Bürger damit besser gestellt. Die Summe von 1,5 Mrd. € wurde extra für diese Sondermaßnahmen zur Verfügung gestellt – u.a. für einen 7 km langen Tunnel in Offenburg (ca. 60.000 Einwohner!) - das ist für uns in Ordnung; aber wir am Niederrhein reden bei 73 km Strecke für knapp eine halbe Million Anwohner von „nur“ 200 Mio. € an Mehrkosten (Gesamtkosten 1,7 Mrd. €). Es ist keinem Anwohner zu erklären, warum auf einer Bahnstrecke von Emmerich bis Freiburg bei vergleichbarer Belastung keine gleichen Bedingungen herrschen sollen. Inzwischen gibt es zig medizinische Gutachten, die die Gesundheitsbelastung für Anwohner an Güterbahnstrecken nachweisen.

Als Begründung wurde Ihrerseits angeführt, dass sich Baden-Württemberg an den Maßnahmen mit ca. 280 Mio. € beteiligt. Für uns ist damit kein Unterschied zu Nordrhein-Westfalen erkennbar, denn dieses Land hat sich ebenfalls mit knapp 500 Mio. € am Ausbau beteiligt.

Während der Projektbeirat im Süden die maßgeblichen Empfehlungen für die Strecke Richtung Berlin signalisiert hat und diesen auch stattgegeben wurden, wird der Projektbeirat am Niederrhein bisher von Ihrem Hause nur als notwendiges Übel betrachtet. Bis heute wurde nicht eine Beschlussempfehlung zugunsten der Anwohner und Kommunen gefasst!

Aus Sicht vieler der knapp 500.000 Anwohner an der Ausbaustrecke wurde der Beschluss für Baden-Württemberg stark begünstigt, weil sich dort nicht nur Ihrer, sondern auch Bundesminister Schäubles Wahlkreis befindet. Das wäre nicht im Sinne der Gleichbehandlung aller Bürger laut Grundgesetz, ist für uns nicht hinnehmbar und es würde nur zu weiterem Protest, Verzögerungen und Klagen führen – am Ende teurer als gerechte Behandlung.

Aus dem ebenfalls beschlossenen Antrag von CDU/CSU und SPD geht ja nun hervor, dass in Fällen besonderer Betroffenheit (die liegt ja hier wohl vor!) eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort vorgesehen ist, um Lösungen zu finden, die auch über das gesetzliche Maß im Lärmschutz hinausgehen können. Genau dies ist Sinn unserer über 20 Jahre andauernden Aktivitäten – von den Handelnden bei Bund und Bahn werden Sie sicher bestätigt bekommen, dass wir hier immer für konstruktive Gespräche standen und keine Mondforderungen gestellt haben. Deswegen erwarten wir unverzüglich von Ihnen eine Initialzündung, da sonst im Planfeststellungsverfahren die Zeit weglaufen würde und es im weiteren Verlauf zu etlichen Klagen kommen wird. Die Stadt Oberhausen hat ja bereits für den 1. Abschnitt Klage eingereicht.

Noch sind im Übrigen auch die Anwohner an der Strecke friedlich, das Lärmproblem ist ja auch noch nicht in vollem Umfang da. Aber das kann sich ändern, wie Sie sicherlich aus verschiedenen Regionen in Deutschland gelernt haben.

Wir bitten Sie daher eindringlich, kurzfristig auch für die Ausbaustrecke am Niederrhein zu prüfen, ob sich durch entsprechende Maßnahmen auch hier eine nachhaltige, für Anwohner und Kommunen akzeptable Lösung finden lässt.

Das Gleiche gilt übrigens für die Sicherheitsmaßnahmen an der Strecke. Aus den Niederlanden werden per Gesetz ca. 50% der Züge als Gefahrstofftransporte erwartet, die demnächst mitten durch unsere Gemeinden fahren. Alle vorgeschlagenen sinnvollen Maßnahmen der örtlichen Feuerwehren wurden bisher durch Ihr Haus und das Eisenbahn-Bundesamt abgelehnt bzw. auf die Kommunen abgewälzt. Die sind jedoch hiermit völlig überfordert und außerdem muss hier das Verursacherprinzip gelten. Auch zu diesem Thema bitten wir dringendst um Ihre Unterstützung.

Nächstes Jahr sind Bundestagswahlen, auch bei uns. Dann wird dieses Thema immer noch hochaktuell sein. Wie wollen Sie bzw. Ihre Partei den Menschen am Niederrhein dann erklären, was oder was Sie eben nicht getan haben und warum wir hier als Bundesbürger 2. Klasse behandelt werden?

Gern sind wir zu einem persönlichen Gespräch bereit, um Ihnen die Dringlichkeit und weitere wichtige Gesichtspunkte zu erläutern.

Wir erwarten eine zeitnahe Antwort, weil Ihre Antwort für das laufende Planfeststellungsverfahren große Bedeutung hat. Wir bitten um Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen



Gert Bork

Sprecher des Verbandes der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Zentraler Kontakt: Gert Bork Mühlenweg 78 46486 Wesel Telefon 0281 / 64355
Mail g.bork@t-online.de www.betuwe-niederrhein.de www.betuwe-gefahr.de